Niederschrift
über die Sitzung des Gemeinderates im Umlaufverfahren der
Ortsgemeinde Mittelbrunn vom 20.05.2021

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Herr Dr. Walter Altherr

Erste/r Beigeordnete/r mit Stimmrecht

Herr Karl-Heinz Bohl

Beigeordnete/r mit Stimmrecht

Herr Robert Haag

Ratsmitglied

Herr Torsten Bohl

Herr Matthäus Gölter

Herr Joachim Lang

Frau Vera Lang

Frau Barbara Menches

Herr Heiko Metz

Herr Heribert Sachs

Herr Olaf Stein

Herr Paul Wüst

Herr Gerd Zimmer

Schriftführer/in

Frau Christel Wittramm

Ende der Stimmabgabe: Donnerstag, 20.05.2021, 16.00 Uhr.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Gemeinde Mittelbrunn sind nach ordnungsgemäßer Einladung vom 11.05.2021 in beschlussfähiger Anzahl unter dem Vorsitz von Herrn Ortsbürgermeister Dr. Walter Altherr am Umlaufverfahren mit Stimmabgabe bis Donnerstag, 20.05.2021, 16.00 Uhr, beteiligt.

Das Vorverfahren zum Umlaufverfahren wurde am Mittwoch, 05.05.2021, eröffnet. Im Vorverfahren wurde mit Fristsetzung bis Montag, 10.05.2021, 16.00 Uhr, zu jedem Beschlussgegenstand abgefragt, ob

1. es Widerspruch gibt, hierüber im Umlaufverfahren zu beschließen,
2. zu einem Beschlussgegenstand geheime Abstimmung gewünscht wird und
3. Sonderinteresse besteht.

Tagesordnung:

1. Angestrebter Glasfaserausbau der Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser
Vorlage: MB/132/2021
2. Erstellung eines Vorsorgekonzeptes für Hochwasser und Starkregen
Vorlage: MB/135/2021
3. Kauf eines Sonnensegels für die Kita
Vorlage: MB/134/2021

Protokoll:

TOP 1 Angestrebter Glasfaserausbau der Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser Vorlage: MB/132/2021

Sachverhalt:

Die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser strebt einen eigeninitiativen und eigenfinanzierten Glasfaserausbau in der gesamten Verbandsgemeinde Landstuhl an.

Deren Mitarbeiter, Herr Dirk Peschel stellte das Vorhaben bereits im Rahmen einer Ortsbürgermeisterdienstbesprechung vor.

Im nächsten Schritt sollen die Ortsgemeinden und deren Gremien informiert und die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden.

Herr Peschel hat an der Sitzung des Gemeinderates Mittelbrunn am 25.03.2021 teilgenommen und den Ratsmitgliedern das Vorhaben vorgestellt.

Der Kooperationsvertrag wurde den Ratsmitgliedern zur Einsicht übersandt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge –sofern erforderlich- den Ortsbürgermeister zum Abschluss des Kooperationsvertrages ermächtigen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, sofern erforderlich, den Ortsbürgermeister zum Abschluss des Kooperationsvertrages zu ermächtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 1

TOP 2 Erstellung eines Vorsorgekonzeptes für Hochwasser und Starkregen Vorlage: MB/135/2021

Sachverhalt:

In den Jahren 2016 und 2018 war Rheinland-Pfalz verstärkt von Sturzfluten aufgrund von Starkregenereignissen betroffen. Auch vereinzelte Gebiete in der Südwestpfalz wurden hiervon nicht verschont, jedoch hatten wir bisher im Gegensatz zu anderen Gemeinden noch Glück. Erneut wurde uns vor Augen geführt, dass wir solche Naturereignisse nicht verhindern und uns auch nur bedingt davor schützen können. Selbst auf Höhenlagen, weitab von den Gewässern können größere Schäden auftreten. 2020 ereignete sich ein solches Ereignis beispielsweise in Windsberg bei Pirmasens – keiner hatte jemals damit gerechnet. Aufgrund des Klimawandels wird auch zukünftig mit solchen und eventuell noch größeren Ereignissen zu rechnen sein.

Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommune und betroffenen Bürgern, bei der die Kommune eine Schlüsselrolle (Zuständigkeiten in Vorsorge, Bewältigung, Wiederaufbau) übernehmen muss.

Schon in der Vergangenheit wurden gezielt Maßnahmen umgesetzt, die zur Ver-

besserung der Situation vor Ort geführt haben. Die rheinland-pfälzische Wasserwirtschaftsverwaltung hat darüber informiert, dass künftig bauliche Maßnahmen gemäß den Fördervorgaben des Landes nur noch bezuschusst werden können, wenn sich ihre Notwendigkeit aus einem örtlichen Hochwasser-/ und Starkregenvorsorgekonzept ergibt.

Aus Sicht der Verwaltung ist es deshalb sinnvoll und notwendig, ein Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzept für alle Ortsgemeinde erstellen zu lassen. Das Landesamt für Umwelt stellt hierfür beispielsweise Starkregengefahrenkarten zur Verfügung. Auf Basis dieser Karten können Risikobereiche identifiziert und Lösungen und Maßnahmen entwickelt werden. Außerdem wird im Rahmen der Konzepterstellung neben der Verwaltung, dem Bauhof, der Feuerwehr, den Ortsvorstehern und den Versorgern insbesondere auch die Bevölkerung eingebunden, informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

Ansatzpunkte sind hier u.a.:

- Gefährdungsabschätzung bei Starkregen und Hochwasser
- Information und Sensibilisierung der Bevölkerung und der Gewerbebetriebe
- hochwasserangepasstes Planen, Bauen und Sanieren
- Wasserrückhalt oberhalb von Ortslagen
- Gefahrenabwehr und der Katastrophenschutz (Notfallplanung, Evakuierung)
- Elementarschadenversicherung

Die Verbandsgemeindeverwaltung hält es für sinnvoll, wenn die Verbandsgemeinde Landstuhl das Projekt federführend in Angriff nimmt, um einheitlich und effizient im ganzen Geltungsbereich der Verbandsgemeinde die gleichen Voraussetzungen zu schaffen.

Herr Christof Kinsinger vom Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge (IBH) hat die Ziele und Vorgehensweise in der Bürgermeisterdienstbesprechung vom 25.06.2020 bereits vorgestellt und auf Fragen geantwortet. Er ist vom Umweltministerium beauftragt, die Kommunen in dieser Angelegenheit zu beraten und wird die Ausschreibungsunterlagen für die Beauftragung eines solchen Konzeptes, gezielt abgestimmt auf die Bedürfnisse und Begebenheiten die VG Landstuhl, mit der Verbandsgemeindeverwaltung erstellen. Nach Einholung und Prüfung der entsprechenden Angebote kann der Förderantrag gestellt werden.

Laut seiner Einschätzung kostet ein solches Konzept für die gesamte Verbandsgemeinde Landstuhl ca. 150.000 €, von denen 90% bezuschusst würden und nur 10% als Eigenanteil zu tragen wären. In Abstimmung mit Herrn Bürgermeister Dr. Degenhardt wird vorgeschlagen, dass diese Kosten je zur Hälfte von der Verbandsgemeinde und den jeweiligen Ortsgemeinden getragen werden. Die Verbandsgemeinde würde die Kosten zunächst vollständig tragen und anschließend den jeweiligen Anteil der Ortsgemeinde anfordern. Diese Anteile sind nach Auskunft von Herrn Kinsinger bereits bei der Angebotserstellung bzw. der Beauftragung konkret zu beziffern.

Für die Beratungsleistungen des IBH auch während des Aufstellungsprozesses des Konzeptes, fallen für die Verbandsgemeinde bzw. die Ortsgemeinden keine Kosten an.

Da bei der Erstellung des Konzeptes von einem Zeitraum von 1 ½ bis 2 Jahren auszugehen ist, können die hierfür notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt 2022 eingestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsgemeindeverwaltung empfiehlt dem Gemeinderat die Erstellung eines gemeinsamen Vorsorgekonzeptes für Hochwasser und Starkregen für alle Ortsgemeinden vorbehaltlich der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz. Die Ortsgemeinde überträgt der Verbandsgemeinde Landstuhl die Aufgaben zur Erstellung des oben beschriebenen Konzeptes und ist mit der vorgeschlagenen Kostenregelung einverstanden.

Die Verbandsgemeinde Landstuhl wird außerdem ermächtigt, vorbehaltlich der Zuschussgewährung, die Erstellung des Konzeptes an das geeignetste Ingenieurbüro mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben.

Das Gremium möge darüber beschließen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 2

**TOP 3 Kauf eines Sonnensegels für die Kita
Vorlage: MB/134/2021**

Sachverhalt:

Auf dem angrenzenden Nachbargrundstück wurde ein hoher Baum gefällt. Dieser hatte für die Spielfläche des Kindergartens, im hinteren Bereich zum erdgleichen Trampolin und der Rutsche für ausreichend Schatten gesorgt. Aufgrund der fehlenden Beschattung können die Spielgeräte an warmen Tagen nur noch bedingt genutzt werden. Deshalb wird beabsichtigt, dort ein freistehendes höhenverstellbares Sonnenschutzsegel zu installieren. In der Haushaltsplanung 2021 wurden für die Errichtung eines Sonnenschutzsegels Mittel in Höhe von 8.000,00 € bereits veranschlagt. Die Bauabteilung schätzt die Kosten auf rd. 7.500,00 €.

Aufgrund der Pandemie ist der Markt erheblichen Preisschwankungen ausgesetzt, wodurch unter Umständen mit einer Preissteigerung zu rechnen ist. Die Leistungsbeschreibung wurde bereits von der Bauabteilung kürzlich erstellt, sodass nun die Beschattung ausgeschrieben werden kann. Hierzu sollen mindestens 5 Firmen angefragt werden.

Nach sachlicher und rechnerischer Auswertung der Angebote, soll der Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter vergeben werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge darüber beraten und entscheiden, dass Herr Ortsbürgermeister Dr. Altherr die Zustimmung vom Rat erhält und dahingehend befähigt wird, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen. Der Gemeinderat wird je nach getroffener Beschlussituation in der darauffolgenden Sitzung dementsprechend in Kenntnis gesetzt.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 1

Dr. Walter Altherr

Vorsitzender

Christel Wittramm

Schriftführer/in